Antworten auf die Wahlprüfsteine für den Verein für Tierrechte anlässlich der Europawahl 2024



Wir fordern eine strukturelle Neuordnung der EU-Fördermittel für die Landwirtschaft, so dass Subventionen vor allem an substantielle Verbesserungen in der Tierhaltung geknüpft werden. Wie stehen Sie dazu?

Die EU gilt einerseits international als Vorreiterin in Sachen Tierschutz und hat mit ihrer Vorbildwirkung auch Gesetzgebungen in Drittländern positiv beeinflusst. Andererseits liegt europaweit beim Tierschutz noch vieles im Argen. In einer <u>Eurobarometer-Umfrage</u> vom Mai 2021 sprachen sich 82% der Befragten zurecht für einen besseren Schutz von Nutztieren aus. Vor dem Hintergrund der "Vom Hof auf den Tisch"-Strategie zur Schaffung eines nachhaltigen Lebensmittelsystems wollte die Europäische Kommission eine Bewertung aller EU-Rechtsvorschriften zum Schutz von Nutztieren durchführen und ein neues Gesetzesvorhaben dazu vorlegen. Sie hat bisher nur zu Tiertransporten geliefert. Das Antibiotikaproblem in der Tierhaltung zeigt, dass wir noch nicht weit gekommen sind und dass es Haltungssysteme gibt, die fortschrittlicher sind. Die Fördermittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen auf einen Umbau der Tierhaltung ausgerichtet werden. Weniger und besser muss die Devise sein.

Wo sehen Sie als Mitglied des EU-Parlaments Möglichkeiten, sich für eine Transformation der europäischen Landwirtschaft einzusetzen: mehr Nachhaltigkeit, effektiverer Umweltschutz und vor allem wirklicher struktureller Tierschutz. Wie stehen Sie dazu, einen EU-Kommissar für Tierschutz zu ernennen?

Wir GRÜNE wollen Tieren ein würdevolles, gutes und gesundes Leben ermöglichen, frei von Schmerzen, Angst und Stress. Wir wollen, dass die EU alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen schützt. Deshalb machen wir uns für Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark. Wir fordern die Umsetzung der Initiative "Fur Free Europe", um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten. Wir werden uns, wie in den letzten 14 Jahren geschehen, im Agrar- und Umweltausschuss für verbesserte Rahmenbedingungen für die Tierhaltung einsetzen, hier ist vor allem der Antibiotikaeinsatz eine wichtige Stellschraube.

Wir brauchen ein zukunftsfähiges, pflanzenbasiertes Ernährungssystem. Konsumverhalten und Produktion von Lebensmitteln bedingen sich gegenseitig. Gibt es Überlegungen in Ihrer Partei, eine überwiegend pflanzenbasierte Ernährung zu fördern und den Fleischkonsum zu reduzieren?

Zur Sicherung der Welternährungssysteme, zum Schutz des Klimas und der Ressourcen ist es für uns unstrittig, dass eine deutlich stärker pflanzenbasierte Ernährung anzustreben ist. Wir setzen uns daher für europaweite verbindliche Labels ein, die Verbraucher*innen bei ihrer Entscheidung für eine nachhaltigere Ernährungsweise unterstützen. Die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme wollen wir klimagerecht umstellen und die Rahmenbedingungen für pflanzliche Lebensmittel u.a. durch die Förderung von Forschung stärken. Wir wollen weniger Tiere halten und ihre Haltungsbedingungen deutlich verbessern. Die EU ist zudem einer der größten Fleischexporteure, wofür zu viel Fläche für Futtermittel verbraucht wird. Exportsubventionen für Fleisch lehnen wir ab.

Wir setzen uns dafür ein, die Anzahl der "Nutztiere" mindestens um die Hälfte zu reduzieren. Die dann noch verbleibenden müssen tierschutzgerecht gehalten werden. Wie stehen Sie dazu?

Die Anzahl der Tiere, die wir in der europäischen Landwirtschaft halten, muss sich zukünftig am Pariser Klimaschutzabkommen orientieren. Es ist klar, dass die Zahl der gehaltenen Tiere stark reduziert werden muss. Entsprechend soll die Förderkulisse auf eine flächengebundene Tierhaltung ausgerichtet, sowie weide- und grünlandgebundene Haltung besonders unterstützt werden. Ziel ist es, dass die Tiere erheblich mehr Platz sowie ganzjährig Außenzugang erhalten und nicht mehr auf Vollspaltenböden stehen müssen.

Fixieren von Tieren in der landwirtschaftlichen Tierhaltung (z.B. Anbindehaltung von Kühen, Muttersauen in Kastenständen) ist eine schlimme Tierquälerei. Dies sollte so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören. Setzen Sie sich dafür ein, diese Tierquälerei zu beenden?

Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass sie Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und nachhaltig erzeugte, wertvolle Lebensmittel liefern kann. Dabei unterstützen wir die landwirtschaftlichen Betriebe. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die Anbindehaltung von Kühen existiert vor allem auf Almbetrieben, die für die Erhaltung von Kulturlandschaften sehr wichtig sind. Wir wollen den Halter*innen dabei helfen, diese wertvolle Arbeit für die Biodiversität im Alpenraum ohne Anbindehaltung bewerkstelligen zu können. Außerdem wollen wir das Halten von Muttersauen in Kastenständen abschaffen. Auch die Käfighaltung von Legehennen muss endlich europaweit beendet werden.

Aus vielen EU-Ländern werden unzählige Rinder, Schafe usw. in außereuropäische Länder transportiert. Diese Lebend-Tiertransporte sind mit unendlichem Leid der Tiere verbunden. Wir fordern ein generelles Verbot dieser Transporte (vor allem in die sog. Risikostaaten). Wie stehen Sie zu diesem Problem?

Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengen-Raums. Zudem wollen wir die lokale Verarbeitung fördern und die Tötung und Schlachtung im Herkunftsbetrieb erleichtern. Das würde eine tiergerechte Haltung auch in Kleinbetrieben deutlich erleichtern.

In Deutschland ist seit Anfang 2023 das massenhafte Töten von Eintagsküken verboten. Was werden Sie tun, damit dieses Verbot auf alle Länder der EU ausgeweitet wird, damit deutsche Geflügelzüchter nicht mehr in andere Länder ausweichen können?

Die Tötung von Küken gehört EU-weit verboten. Hierfür setzen wir uns auf EU-Ebene vehement ein. Wir GRÜNE werden weiterhin dafür kämpfen, dass Tierwohl vor Profit steht, in Deutschland und in der ganzen Europäischen Union. Männliche Küken und männliche Kälber aus der Milchviehhaltung haben das gleiche Problem, sie passen nicht in die ökonomische Verwertungskette. Das wollen wir ändern, indem wir auf die Züchtung von Mehrnutzungsrasen setzen. Tiere dürfen nicht mehr einseitig auf Leistung (nur Eier/Milch ODER Fleisch) gezüchtet werden. Langlebigkeit und Robustheit müssen die Hauptkriterien sein.